

PRESSEMITTEILUNG

Spargesetz des Bundes: Kommunale Kliniken warnen vor Folgen für Städte und Landkreise

QuMiK-Verbund im Austausch mit Landtagsabgeordneten: GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz vergrößert die Defizite der Krankenhäuser – ausgerechnet vor den entscheidenden Schritten der Krankenhausreform

Stuttgart, 8. Oktober 2026. Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz reißt ab 2027 große Löcher in die Budgets der Krankenhäuser – schließen müssen sie immer öfter die kommunalen Träger. Davor hat der QuMiK-Verbund kommunaler Kliniken heute beim Parlamentarischen Mittagessen in Stuttgart gewarnt. Mit rund 25 Abgeordneten aus vier Landtagsfraktionen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Verbundkliniken, was das neue Gesetz für die Versorgung in Baden-Württemberg bedeutet.

„Man kann Kliniken nicht in einen so grundlegenden Transformationsprozess schicken und ihnen gleichzeitig das Geld dafür nehmen. Wer die Krankenhausreform will, darf sie nicht mit einem Spargesetz ausbremsen“, sagte Matthias Ziegler, Sprecher des QuMiK-Verbunds und Geschäftsführer der Klinikum Esslingen GmbH.

Die Lage ist schon jetzt angespannt: Laut dem jüngsten BWKG-Indikator der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft rechnen drei von vier Kliniken im Land für 2026 mit roten Zahlen. In diesem Jahr summiert sich das Minus der baden-württembergischen Häuser auf rund 880 Millionen Euro. Mit dem neuen Gesetz und dem Auslaufen des Rechnungszuschlags wächst die Lücke 2027 voraussichtlich auf 1,65 Milliarden Euro.

Weniger Geld trotz steigender Kosten

Markus Heming, Kaufmännischer Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Karlsruhe gGmbH, erläuterte, wie das seit Ende Juli geltende Gesetz wirkt: Die Vergütung der Krankenhäuser darf künftig höchstens so stark steigen wie die Grundlohnrate, in den Jahren 2027 bis 2029 sogar einen Prozentpunkt weniger. Tarifsteigerungen beim Pflegepersonal oberhalb dieser Grenze werden nur noch zur Hälfte refinanziert. Löhne, Energie und Sachkosten steigen dagegen weiter. Für jedes Haus im QuMiK-Verbund bedeutet das zusätzliche Verluste in Millionenhöhe.

Neu ist das Problem nicht: Die kommunalen Kliniken schreiben seit Jahren Defizite, die ihre Träger ausgleichen müssen. Neu ist die Geschwindigkeit, mit der diese Summen wachsen – und die Tatsache, dass die Häuser die Lücke aus eigener Kraft nicht mehr schließen können.

„Stabile Kassenbeiträge sind ein richtiges Ziel – aber sie dürfen nicht über die kommunalen Haushalte finanziert werden. Was die Kliniken künftig nicht mehr refinanziert bekommen, landet am Ende bei Stadt oder Landkreis – und fehlt dort für Schulen, Straßen und Kinderbetreuung“, sagte Heming.

Sparkurs trifft Kliniken mitten im Umbau

Besonders problematisch ist aus Sicht des Verbunds der Zeitpunkt: Die Krankenhausreform verlangt tiefgreifende Veränderungen, ihr finanzielles Kernstück – die Vorhaltevergütung – greift aber erst ab 2028 schrittweise. Den Umbau müssen die Kliniken also genau in den Jahren vorbereiten, in denen ihre Erlöse gedeckelt werden. Prof. Dr. med. Moritz Wente, Direktor Medizin und Pflege beim Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz (GLKN), richtete den Blick auf die medizinische Seite des Umbaus.

„Welche Abteilung unter den Rahmenbedingungen weitergeführt werden kann, sollte sich am jeweiligen Bedarf der Patientinnen und Patienten entscheiden – nicht alleine an der finanziellen Struktur eines Klinikstandortes. Genau das steht auf dem Spiel, wenn der Umbau unter Spardruck stattfinden muss“, so Wente.

Was der QuMiK-Verbund erwartet

- **Kostensteigerungen refinanzieren:** Wachsende Personal- und Sachkosten müssen sich in der Vergütung wiederfinden.
- **Kommunale Haushalte schützen:** Zusätzliche Finanzierungslücken dürfen nicht bei den Trägerkommunen hängen bleiben.
- **Umbau absichern:** Die Reform braucht Planungssicherheit und Übergänge, die sich im Klinikalltag umsetzen lassen.

Vom Land Baden-Württemberg erwartet QuMiK-Verbund, dass es sich gegenüber dem Bund für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser einsetzt und die Reform im Land so gestaltet, dass kommunale Kliniken Planungssicherheit haben und die regionale Versorgung gesichert bleibt.

Über QuMiK

QuMiK steht für „Qualität und Management im Krankenhaus“ und ist ein Netzwerk kommunaler Kliniken und Gesundheitseinrichtungen in Baden-Württemberg. Unter den Leitgedanken Kooperation und Transparenz tauschen die Mitglieder Wissen und Kennzahlen aus und arbeiten gemeinsam an Qualität, Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit der regionalen Krankenhausversorgung. Weitere Informationen: www.qumik.de

Pressekontakt

QuMiK GmbH | Jan Schuck, Referent Geschäftsstelle und Kommunikation

Erlachhofstraße 1 | 71640 Ludwigsburg | Telefon: 07141 99-68708 | E-Mail: jan.schuck@qumik.de

Bildunterschrift / Urheberhinweis

Titel: Parlamentarisches Mittagessen des QuMiK-Verbunds in Stuttgart

BU: Beim Parlamentarischem Mittagessen am 8. Oktober 2026 in Stuttgart tauschten sich Vertreter des QuMiK-Verbunds mit Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg über die Auswirkungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes und die Herausforderungen der Krankenhausreform aus.

Von links: Prof. Dr. med. Moritz Wente, Direktor Medizin und Pflege beim Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN), Markus Heming, Kaufmännischer Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Karlsruhe gGmbH, Matthias Ziegler, Sprecher des QuMiK-Verbunds und Geschäftsführer der Klinikum Esslingen GmbH, sowie Thorsten Hauptvogel, Geschäftsführer der QuMiK GmbH.

Foto: QuMiK Qualität und Management im Krankenhaus GmbH